



ERZIEHUNG

Wie aus Jungen keine Machos werden sollen

Geld und Leben



VERKEHR

Neue Flüge ab Friedrichshafen starten im Januar

Baden-Württemberg



SCHMERZKRANKHEIT

Eine Betroffene spricht über Cluster-Kopfweh

Baden-Württemberg

KONSTANZ

FREITAG, 19. DEZEMBER 2025
NR. 293 | 81. JAHR | K
PREIS 3,20 EURO
www.suedkurier.de

SÜDKURIER

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG IN BADEN-WÜRTTEMBERG

KONSTANZ

Millionenverlust bei Smart Green City

Der Konstanzer Gemeinderat hat mit sofortiger Wirkung sieben der 18 laufenden Vorhaben des Projekts Smart Green City gestoppt. Das Gremium befürchtet, dass die dort investierten Gelder unverbringlich verloren sind. Es handelt sich vermutlich um Millionenbeträge. Die Rede ist von fehlender Transparenz und Kontrolle. Die Aufarbeitung des Flops wird einige Zeit dauern. Das Programm war im Jahr 2021 in wenigen Wochen erstellt worden. (urr)

RADOLFZELL

Stadt stellt Pläne für Gerberplatz vor

30 Anwohner des Radolfzeller Gerberplatzes haben an einem Krisengespräch mit OB Simon Gröger teilgenommen. Sie klagen über Lärm, Schmutz, Drohungen und Gewalt durch Jugendliche. Die Stadt will deshalb umgehend einen Sicherheitsdienst beauftragen, der zu kritischen Zeiten vor Ort sein soll. Der OB kündigt zudem Gespräche mit Lehrern und Schülern an, außerdem sind mittelfristig bauliche Veränderungen des Platzes geplant. (mis)

SINGEN

Schnellrestaurant in Südstadt geplant

Auf dem Areal des ehemaligen Auto-Salons Singen in der Güterstraße könnte schon bald ein neues Schnellrestaurant entstehen. Das Autohaus soll dafür abgerissen werden. Erste Informationen dazu wurden nun im Ausschuss für Stadtplanung, Bauen und Umwelt vorgestellt, einen Namen nannte die Stadtverwaltung aber nicht. Nach SÜDKURIER-Informationen könnte es sich um McDonald's handeln. Der Konzern hält sich bisher bedeckt. (mis)

BODMAN-LUDWIGSHAFEN

Wenig Parkverstöße auf Gemeindeplätzen

Parkverstöße und die damit verbundenen Einnahmeverluste sind für Gemeinden ärgerlich, kommen aber auf den von der Peter-Park GmbH bewirtschafteten Plätzen in Bodman-Ludwigshafen nur selten vor. Das gab die Verwaltung bekannt. Beim Parkplatz Kapelle Bodman, auf dem 2025 rund 13.000 Parkvorgänge registriert wurden, lag der Anteil der Verstöße bei nur 1,15 Prozent. Der genaue Einnahmeverlust könnte aber nicht beziffert werden. (smo)

BODENSEE-WETTER



www.suedkurier.de/wetter Seite 10

Fotos: dpa, Lena Reiner, Nathalie Metzel

Preise: 3,20 Euro | 3,70 sFr.



4 190657 403203



Palantir-Gründer und -Geschäftsführer Alex Karp bei einem Auftritt in Washington. FOTO: BRENDAN SMIALOWSKI/AFP

- Südwesten nutzt bald KI von Palantir-Chef Alex Karp
- Gibt es Alternativen zu der umstrittenen Software?
- Die Schweiz lehnt den Einsatz des Polizei-Programms ab

VON JANN-LUCA KÜNNSBERG

Stuttgart Die Polizei-Software von Palantir bleibt in Baden-Württemberg ein heißes Thema. Nachdem der Landtag grünes Licht für deren Einsatz gegeben hat, will jetzt Grünen-Spitzen-

kandidat Cem Özdemir die Suche nach einer europäischen Alternative zum WahlkampftHEMA machen. Mit der KI-Software kann die Polizei künftig Millionen Datensätze nach Zusammenhängen durchsuchen – zum Beispiel zwischen Personen, Orten und Ereignis-

nissen. Heimische Unternehmen zeigen sich teils irritiert. Denn zu dem als alternativlos präsentierten Programm des umstrittenen US-Anbieters, dessen Chef Alex Karp dem rechten Tech-Milliardär Peter Thiel nahestehst, hätte es wohl heimische Alternativen gegeben. Unterdessen haben Schweizer Sicherheitsbehörden den Einsatz der Palantir-Software gerade klar abgelehnt.

Thema des Tages: Viele offene Fragen

Merz lenkt bei Russen-Vermögen ein

Der Bundeskanzler will auch in Deutschland festgesetztes Geld für die Ukraine bereitstellen. Es ist eine Geste Richtung Belgien

Brüssel Bundeskanzler Friedrich Merz will den Forderungen Belgiens nachkommen und auch in Deutschland festgesetztes Vermögen der russischen Zentralbank für die Unterstützung der Ukraine bereitstellen. Das wurde am Rande des EU-Gipfels in Brüssel bekannt. Es geht nur um einen kleinen Bruchteil von weniger als einem Prozent der etwa 210 Milliarden Euro, die in der EU lagern. Trotzdem kommt dem Schritt eine symbolische Bedeutung in den monatelangen Ringen um die Verwendung des russischen Geldes für die



Friedrich Merz trifft beim EU-Gipfel in Brüssel ein. FOTO: NICOLAS TUCAT, AFP

Unterstützung der Ukraine zu. Die Entscheidung soll beim EU-Gipfel getroffen werden, der am Donnerstag begann und nach dem Willen von Ratspräsident António Costa so lange gehen soll, bis die finanzielle Unterstützung für die

Ukraine für 2026 und 2027 gesichert ist. Es geht zunächst um 90 Milliarden Euro, ohne die das Land in seinem Abwehrkampf gegen Russland wohl kaum bestehen könnte.

Vor diesem Szenario warnte Wolodymyr Selenskyj in Brüssel eindringlich. Auch Europa werde dann „nicht mehr mit Geld, sondern mit Blut bezahlen“. Er pflichtete damit Polens Regierungschef Donald Tusk bei, der vor Beginn gesagt hatte: „Entweder heute Geld oder morgen Blut“. Polen und andere östliche EU-Staaten warnen immer wieder davors, dass sie die nächsten Angriffsziele Russlands sein könnten, wenn die Ukraine fällt.

Kommentar: „Kein Plan B“

Politik: Das Ringen um die Ukraine-Hilfe

Montassar D. in Italien gefasst

Reichenau Der seit Wochen gesuchte Montassar D. ist gefasst. Der 20-Jährige, der am 29. November bei einem begleiteten Ausgang aus dem Zentrum für Psychiatrie (ZP) Reichenau entwich, wurde nach Angaben des Polizeipräsidiums Konstanz in Italien festgenommen. Ein Auslieferungsverfahren nach Deutschland wird angestrebt. Die Polizei wollte den genauen Ort der Festnahme, der wohl im Süden des Landes liegt, nicht bekannt geben. Auch unter welchen Umständen Montassar D. gefasst wurde und ob er Widerstand leistete, ist noch unklar. Gegen ihn bestand ein Europäischer Haftbefehl; er war im Schengener Informationssystem zur Fahndung ausgeschrieben. (pdu)

600 Millionen um Forscher zu locken

Berlin Deutschland kann nach Angaben des Bundesforschungsministeriums zunehmend wissenschaftlichen Nachwuchs aus dem Ausland gewinnen. Forschungsministerin Dorothee Bär (CSU) zog in Berlin gemeinsam mit Wissenschaftsorganisationen eine erste Zwischenbilanz zum sogenannten 1000-Köpfe-Plus-Programm zur Gewinnung von Wissenschaftlern aus dem Ausland. Insgesamt stelle die Bundesregierung in der laufenden Legislaturperiode 600 Millionen Euro dafür bereit – mehr als jedes andere Land in Europa, sagte Bär. (dpa)

Kommentar: „Freiheit erhalten“

Politik: Geld für neue Wissenschaftler

Lebenslange Haft nach Amokfahrt

Mannheim Im Prozess um eine tödliche Amokfahrt am Rosenmontag in Mannheim ist der Beschuldigte zu lebenslanger Haft wegen Mordes verurteilt worden. Das Landgericht in der Stadt ordnete nach Angaben eines Sprechers am Donnerstag zugleich an, den 40 Jahre alten Mann in einer Psychiatrie unterzubringen. Der Beschuldigte hatte nach Feststellungen des Gerichts am 3. März in der Mannheimer Innenstadt mit einem Auto gezielt und bei hohem Tempo Menschen umgefahren. Ein Mann und eine Frau starben. Mehrere Menschen wurden verletzt. (AFP)

Baden-Württemberg: Das geschah am 3. März in Mannheim

KONSTANZ

FREITAG, 19. DEZEMBER 2025
NR. 293 | 81. JAHR | K
PREIS 3,20 EURO
www.suedkurier.de

Kommentare

EU-GIPFEL

Kein Plan B

VON KATRIN PRIBYL, BRÜSSEL

Europas Spitzenpersonal warf diese Woche geradezu mit Superlativen um sich. Nie zuvor in der mittlerweile langen Geschichte der EU-Gipfel habe es einen wichtigeren gegeben als dieses Spitzentreffen der Staats- und Regierungschefs, das sich bis ins Wochenende ziehen könnte. Werden sich die Mitgliedstaaten also zusammenraufen und damit eine kraftvolle Botschaft an Washington, an die Ukraine und an Moskau senden? Können die EU-Länder ausnahmsweise nationale Interessen hintanstellen und das große Ganze betrachten?

So wehren sich Belgien, aber auch Italien, Ungarn, die Slowakei, Bulgarien und Malta weiter gegen den heiklen Plan, die in Europa eingefrorenen russischen Vermögenswerte zu nutzen. Einen Plan B für die Unterstützung der Ukraine gibt es derzeit nicht, weil die Mitgliedstaaten das Geld nicht aus den eigenen Haushaltssachen abweichen wollen. So viel zur Dauer-Zusage, dem Land „so lange wie nötig“ zu helfen. Jetzt müssen Taten folgen.

FORSCHUNG

Freiheit erhalten

VON MARVIN NAGEL

Als der Not eine Tugend machen – beim von US-Präsident Trump angezielten Handelskrieg konnte Deutschland das bislang kaum. An anderer Stelle läuft es besser. Spurenforschern erscheint aufgrund von Trumps Repressionen gegen die großen Universitäten des Landes der sonst vorgezeichnete Weg in die USA unattraktiv. Das Forschungsministerium hat hier eine Chance erkannt und holt diese Wissenschaftler zunehmend nach Deutschland. Damit das 1000-Köpfe-Plus-Programm weiterhin Forscher nach Heidelberg anstatt Harvard zieht, gilt es, die Bedingungen dafür zu erhalten. Denn in vielen Umfragen zu kommenden Wahlen ist mit der AfD eine Partei an der Spitze, die schon jetzt zeigt, was sie von Wissenschaftsfreiheit hält. So bezeichnete AfD-Chefin Alice Weidel deutsche Universitäten als „queer-woke Kaderschmieden“. Momentan wirken die amerikanischen Verhältnisse noch weit entfernt. Damit sie das auch bleiben, braucht es gute Politik – nicht nur vom Forschungsministerium.

Unten rechts

Schleife sorgt für Ärger

Seit Tagen sorgt in Wien eine riesige rote Schleife an einer Hausfassade für Ärger: Um das perfekte Weihnachts-Selfie zu schießen, bleiben Touristen mitten auf der Straße stehen – und sorgen regelmäßig für Verkehrschaos. Jetzt hat die Polizei Strafen für die Selfie-Sünder angekündigt. 30 Euro sollen all jene berappen, die durch ihr Fotoshooting den Verkehr in Wien lahmlegen. Das teilte die Polizei laut österreichischen Zeitungen mit. Die Behörde betonte, man setze in erster Linie auf Aufklärung und präventive Maßnahmen. (KNA)

Ist Palantir wirklich alternativlos?

- Firmen aus dem Südwesten haben daran Zweifel
- Bei Polizei kommt umstrittene US-Software zum Zug



VON JANN-LUCA KÜNSSBERG

Stuttgart Am 12. November hat der Landtag in Stuttgart ein neues Polizeigesetz beschlossen, das den Einsatz KI-gestützter Datenanalyse erlaubt. Das Gesetz sieht zwar kein bestimmtes Produkt vor, das Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei unter Dienstaufsicht von Innenminister Thomas Strobl (CDU) hatte aber bereits am 20. März den Vertrag mit Palantir unterzeichnet – ohne Kenntnis des grünen Koalitionspartners. Kurz vor der Abstimmung im Parlament mobilisierte dann die grüne Basis im Südwesten und versuchte, das Gesetz noch zu kippen. Das scheiterte. Als Kompromiss beschlossen die Regierungsfaktionen, die Landesregierung möge „sich aktiv und intensiv dafür einsetzen, dass spätestens bis zum Jahr 2030 eine verfahrensübergreifende Recherche- und Analyseplattform für die Polizei von europäischen Unternehmen bereitgestellt wird“. Innenminister Strobl betonte in seiner Landtagsrede einmal mehr, dass Palantirs Software Gotham bis dato alternativlos sei.

Dabei hatten bereits im Oktober vier deutsche Unternehmen, drei davon aus Baden-Württemberg und eines aus Bayern, öffentlich gemacht, sofort einsatzbereite Programme anbieten zu können. Die Landesregierung reagierte damals nicht, auf Nachfrage des SÜDKURIER schickte sie Mitte Dezember nur eine allgemein gehaltene Antwort: „Bayern hatte eine europaweite Ausschreibung für ein verfahrensübergreifendes Recherche- und Analyse-System durchgeführt. Das Ergebnis: Auf die produktneutrale europaweite Ausschreibung Bayerns konnte einzig die Firma Palantir Technologies GmbH ein marktreifes Produkt anbieten, das den Anforderungen der Ausschreibung entsprach.“ Die Ausschreibung erfolgte allerdings bereits 2022.

„Es ist davon auszugehen, dass interessierte Stellen im Land über die Einsatzmöglichkeiten der Plattform informiert sind.“

Stefan Dreher, Prokurist von Almato in Stuttgart

Der Vorteil der bayerischen Lösung: Eine Ausschreibung für Baden-Württemberg war nicht nötig, weil der Rahmenvertrag des Nachbarlandes auf andere Bundesländer ausweiterbar ist. Und an Ausschreibungen hat Innenminister Strobl offenbar kein großes Interesse. Jedenfalls machte die Landesregierung Ende Juli bekannt, Strobl habe „eine Kooperation mit Industriepartnern angestoßen, um eine souveräne europäische Software für unsere Sicherheitsbehörden zu entwickeln. Initiale Projektpartner des Projekts sind zunächst die Airbus Defence and Space GmbH und die Digitalsparte der Schwarz Gruppe, Schwarz Digits.“ Ausgeschrieben wurde diese Partnersuche nicht. Keines der beiden Unternehmen ist bisher mit Softwarelösungen nach Art von Palantir aufgefallen. Die Frage, auf welcher Grundlage die Entscheidung für sie gefallen ist, beantwortet das Ministerium nicht.

Der Vorgang wird noch irritierender. Gegenüber dem SÜDKURIER sagt eines der Unternehmen, die einsatzbereite Lösungen anzubieten, dass man bereits im Sommer Kontakt zu den Fraktionen im Landtag gesucht habe. So heißt es von FSZ aus Metzingen, dass bereits am 7. Juli – also vor der Bekanntgabe der Kooperation – an alle Landesinnenminister geschrieben und Kontakt mit Vertretern der Landtagsfraktionen von Grünen, SPD und FDP aufgenommen worden sei. „Die Reaktion der Grünen würde ich als Trostschriften, die der nachfolgend genannten Parteien als Stillschweigen skizzieren“, so eine Unternehmenssprecherin. Auch bei Inno-systec mit Sitz in Salem haben sich seit Oktober weder Bund noch Länder und auch keine Parteienvertreter proaktiv gemeldet, heißt es auf Anfrage.



Ein Beamter steht im Führungs- und Lagezentrum des Polizeipräsidiums Mannheim vor einer Wand mit Bildschirmen. FOTOS: UWE ANSPACH/MARIAN MURAT/CHRISTOPH SCHMIDT, DPA



Thomas Berger (l.) ist Präsident des Präsidiums Technik, Logistik, Service der Polizei.



Landesinnenminister Thomas Strobl (CDU) nennt Palantir alternativlos.



Jonas Botta ist Jurist mit Schwerpunkt Datenschutzrecht. FOTO: FÖV SPEYER

Das Stuttgarter Unternehmen Almato schreibt, alle Mitglieder des Innenausschusses des Bundestages über die eigene Software informiert und zahlreiche Gespräche geführt zu haben. „Almato steht im regelmäßigen Austausch mit Vertretern demokratischer Parteien, sowohl auf Landes- als auch Bundesebene“, schreibt Prokurist Stefan Dreher auf SÜDKURIER-Anfrage. Die Datenplattform des Unternehmens kommt bereits im Umfeld kommunaler Bürgerservices im Südwesten zum Einsatz.

„Es ist davon auszugehen, dass interessierte Stellen im Land über die Einsatzmöglichkeiten der Plattform informiert sind“, so Dreher. Für Außenstehende ist kaum einzuschätzen, wie die verschiedenen Programme im Vergleich miteinander abschneiden, ob die deutschen Anbieter also konkurrenzfähig sind. Inno-systec schreibt, man sei „aufgrund der Lösungen, die wir seit vielen Jahren national und international erfolgreich im Einsatz bei Sicherheitsbehörden haben sowie dem Feedback und der Zusammenarbeit mit diesen Kunden“ von der eigenen Konkurrenzfähigkeit überzeugt. Von Almato heißt es, dass die eigene Plattform im Wesentlichen dem entspreche, „was Palantir in seinen Lösungen als Basis einsetzt. Wir können das sehr gut einschätzen, da wir Kunden haben, die auch Palantir Software einsetzen. Palantir verfügt zusätzlich

über diverse Fachanwendungen, die wir bislang nicht im Portfolio haben.“ Allerdings sei die Plattform offen für weitere Entwicklungen. FSZ schreibt, die Systemarchitektur des Programms sei technologisch identisch zu der von Palantir.

Auseits dessen bleibt der Einsatz vor allem von Palantir, aber auch von vergleichbarer Software fragwürdig. Die Rechtsprofessoren Jonas Botta und Mario Martini haben gerade einen Beitrag über „Polizeiliche Datenanalyse mittels KI“ veröffentlicht. Botta sagte dem SÜDKURIER, das neue Polizeigesetz bewirke „eine hohe Eingriffsintensität, da ein sehr großer Datenkranz erhoben, zusammengeführt und verarbeitet werden soll.“ Außerdem habe sich Baden-Württemberg – anders als andere Länder – dafür entschieden, auch lernende Systeme zumindest theoretisch zu ermöglichen. „Das ist aus meiner Sicht besonders problematisch: Denn lernende Systeme fordern die Grundfesten des Verwaltungshandels im demokratischen Rechtsstaat heraus.“ In diesem müsse jede staatliche Maßnahme begründbar und auf den Wählerwillen zurückführbar sein. Ob das bei den undurchsichtigen lernenden Systemen so ist, hält Botta für fraglich. „Das baden-württembergische Gesetz sieht ein Diskriminierungsverbot zwar vor – wie dieses technisch umgesetzt werden

soll, ist aber noch unklar“, so der Jurist.

Das ist nicht die einzige Kritik. In der Schweiz haben die Behörden Palantir gerade eine deutliche Absage erteilt. Wie das Online-Magazin *Republik* berichtet, ist den Behörden bei ihren Überprüfungen unklar geblieben, wer alles auf die mit Palantir geteilten Daten zugreifen könne. Relevant sei vor allem ein Satz aus dem Bericht der Armee: „Palantir ist ein Unternehmen mit Sitz in den USA, bei dem die Möglichkeit besteht, dass sensible Daten durch die amerikanische Regierung und Geheimdienste eingesehen werden können.“ Der Befund sei brisant, weil im Verteidigungsdepartement ausgewiesene Kryptologen arbeiteten. „Damit widerspricht der Bericht den offiziellen Zusicherungen von Palantir, dass ein Abfluss von Daten technisch ausgeschlossen sei“, so *Republik*. Damit konfrontiert, beruft sich das Innenministerium in Stuttgart auf die vertraglichen Zusicherungen von Palantir. Und auf eine Untersuchung des Fraunhofer-Instituts, das den Quellcode untersucht und keine Funktionen festgestellt habe, „die einen unzulässigen Datenabfluss oder einen unautorisierten Systemzugriff ermöglichen“.

Zu einem anderen Ergebnis kommen allerdings auch Rechtswissenschaftler der Universität Köln, die im Auftrag des Bundesinnenministeriums (BMI) ge-

prüft haben, inwieweit Behörden der Vereinigten Staaten weltweit auf Daten zugreifen können, die von US-Unternehmen gespeichert werden. Ihr Ergebnis: „US-amerikanische Sicherheitsbehörden verfügen über weitreichende Herausgabe- und Zugriffsrechte auf Kommunikationsdaten sowie in Clouds gespeicherte Informationen.“ Zudem können Geheimdienste unter Voraussetzungen, die nicht öffentlich bekannt sind, auf im Ausland gespeicherte Daten auch ohne die Mitwirkung von Cloud-Anbietern zugreifen. Aber auch ausländische Server und Cloud-Betreiber könnten der Herausgabepflicht unterworfen sein. Demnach ist die Aussage von Strobs Haus nicht haltbar.

Derweil erwägt auch das Bundesinnenministerium den Einsatz von Palantir. Auf die Frage, ob die Bundesregierung vor dem Hintergrund des eigenen Gutachtens ihre Haltung zu dem US-Konzern überdenke, heißt es nur, dass verschiedene Lösungen „produkt- und technologieoffen“ betrachtet würden. Die FSZ GmbH hatte eigenen Angaben zufolge „Gelegenheit, das Yoonite Softwaresystem den P20-Projektgrup-

„Lernende Systeme fordern die Grundfesten des Verwaltungshandels im demokratischen Rechtsstaat heraus.“

Jonas Botta, Rechtsprofessor

pen (P20 ist das Zukunftsprogramm der deutschen Polizeien, d. Red.) des Bundes und mehrerer Bundesländer zu präsentieren“. Von Almato heißt es, man stehe aktuell im Austausch mit Landeskriminalämtern, der Projektgruppe P20 sowie Behörden, über die Inhalte dürfe man aber keine Auskunft geben.

Bis zum zweiten Quartal 2026 möchte die Landespolizei in Baden-Württemberg Palantir implementiert haben. Sollte dann irgendwann auf eine europäische Alternative gewechselt werden, wartet weiteres Ungemach: Der New Yorker Polizei machte das Unternehmen den Umstieg auf ein Konkurrenzangebot einst schwer, in dem es darüber stritt, wem die gemeinsam erzielten Analyseergebnisse gehören. Fest steht: Karlsruhe wird in den kommenden Jahren wieder über den Einsatz von Software wie Palantir entscheiden. Mindestens eine Verfassungsbeschwerde ist bereits anhängig. Jurist Botta glaubt, dass „Länder wie Baden-Württemberg oder auch Hessen, die KI komplett erlauben, riskieren, dass sie ihre Polizeiarbeit nach einem Verfassungsgerichtsurteil revidieren müssen. Dies riskiert natürlich auch einen Vertrauensverlust in der Bevölkerung, dem vorzubeugen ist.“

30 Millionen Deutsche von Palantir bereits erfasst

Programme wie das von Palantir sind sogenannte Metadaten-Analyse-Plattformen. Was können sie und wie sind wir betroffen?

► **So funktioniert es:** Metadaten sind strukturierte Zusatzinformationen, die etwa Auskunft darüber geben, wo ein Foto mit welchem Kameramodell aufgenommen worden ist. Über die Verknüpfung solcher Daten lassen sich präzise Personen- und Bewegungsprofile erstellen. Daraus entsteht eine Raster-Suchmaschine. Deren Ziel ist es, Straftaten vorherzusagen und Verdächtige zu identifizieren – allerdings soll das nur bei großer Gefahr und

schwersten Verbrechen geschehen.

► **So sind wir betroffen:** In der Palantir-Datenbank sollen derzeit etwa 30 Millionen deutsche Bürgerinnen und Bürger erfasst sein. Das sind nicht nur Straftäter, sondern alle, die aktenkundig sind: Verkehrssünder, Zeugen, Opfer von Verbrechen. Die Software wird dabei nicht nur von Polizeibeamten, sondern auch von Mitarbeitern des Privatunternehmens Palantir betreut. In Ländern, die das Programm bereits nutzen, wurde immer wieder Missbrauch gemeldet. In Bayern etwa wurde es nicht nur zur Terrorbekämpfung, sondern auch für bandenmäsi-

gen Fahrraddiebstahl eingesetzt. Das ist eigentlich nicht vorgesehen.

► **Das ist die Rechtslage:** Die deutsche Verfassungsordnung wertet die informationelle Selbstbestimmung, also das Recht des Einzelnen, grundsätzlich selbst über die Preisgabe und Verwendung seiner personenbezogenen Daten zu bestimmen, besonders hoch. Es ergibt sich aus dem allgemeinen Persönlichkeitsschutzrecht in Artikel 2 und der Menschenwürde in Artikel 1 des Grundgesetzes. Zwar ist die Verwendung einer Software laut dem Juristen Jonas Botta grundsätzlich möglich, sie hat aber hohe Voraussetzungen. (jlk)